

## **Bericht**

**des Haushaltsausschusses (8. Ausschuß)**  
**gemäß § 96 der Geschäftsordnung**

**zu dem von der Bundesregierung eingebrachten Entwurf eines Gesetzes  
zur Änderung des Gesetzes über die Entschädigung von Zeugen und  
Sachverständigen sowie des Gesetzes über die Entschädigung der  
ehrenamtlichen Richter**  
**– Drucksachen 7/4599, 7/5423 –**

### **Bericht des Abgeordneten Simon**

Der Gesetzentwurf ist mit der Haushaltslage vereinbar.

Durch den Gesetzentwurf sollen die Entschädigungen sowohl nach dem Gesetz über die Entschädigung von Zeugen und Sachverständigen als auch nach dem Gesetz über die Entschädigung der ehrenamtlichen Richter an die wirtschaftliche Entwicklung angepaßt werden.

Der Gesetzentwurf hat für die öffentlichen Haushalte Mehrausgaben zur Folge. Der Bundeshaushalt wird mit jährlichen Mehraufwendungen in Höhe von rund 2 800 000 DM belastet werden. Deckung

dafür ist vorhanden. Soweit die Kosten im Haushaltsjahr 1976 entstehen werden, können sie bei den betreffenden Einzelplänen aufgefangen werden. Das gleiche gilt für die Folgejahre.

Die Haushalte der Länder werden mit jährlichen Mehrausgaben von insgesamt 95 000 000 DM belastet werden, von denen aber etwa 40 000 000 DM wieder eingezogen werden können.

Dieser Bericht beruht auf der vom federführenden Rechtsausschuß vorgeschlagenen Fassung des Gesetzentwurfs.

Bonn, den 23. Juni 1976

#### **Der Haushaltsausschuß**

**Leicht**

**Simon**

Vorsitzender

Berichterstatter